

I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

1. Für alle mit Instrument Systems Optische Messtechnik GmbH (nachfolgend: IS) abzuschließenden und abgeschlossenen Geschäfte über die Lieferungen von Geräten und Anlagen (nachfolgend: Produkte) (insgesamt: Lieferung) sowie die befristete und unbefristete Überlassung von Standardsoftware, wenn diese im Zusammenhang mit einem von IS gelieferten Produkt überlassen wird (nachfolgend: Software) gelten ausschließlich die nachfolgenden Bedingungen, soweit nicht schriftlich etwas Anderes vereinbart ist. Unsere Lieferbedingungen gelten ausschließlich; entgegenstehende oder von unseren Lieferbedingungen abweichende Bedingungen des Bestellers erkennen wir nicht an, es sei denn, wir hätten ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt. Unsere Lieferbedingungen gelten auch dann, wenn wir in Kenntnis entgegenstehender oder von unseren Lieferbedingungen abweichender Bedingungen des Bestellers die Lieferung an den Besteller vorbehaltlos ausführen. Für den Umfang der Lieferungen sind die beiderseitigen schriftlichen Erklärungen maßgebend. Ist ein Vertrag geschlossen worden, ohne dass solche beiderseitigen Erklärungen vorliegen, so ist entweder unsere schriftliche Auftragsbestätigung oder, falls eine solche nicht erfolgt ist, der schriftliche Auftrag des Bestellers maßgebend.
2. Produkte
 - a) Kostenvoranschläge, Zeichnungen und andere Unterlagen (nachfolgend: Unterlagen) sind urheberrechtlich geschützt. Eine Vervielfältigung oder Verwendung, auch Dritten gegenüber, ohne ausdrückliche Genehmigung durch IS ist nicht gestattet. Insbesondere sind diese auf Anforderung durch IS an diese herauszugeben, wenn der Vertrag nicht abgeschlossen wird.
 - b) Teillieferungen sind zulässig, soweit sie dem Besteller zumutbar sind.
3. Software
 - a) Als Software gilt keine Firmware.
 - b) Diese Regelungen verpflichten IS nicht zur Erbringung von Serviceleistungen.
 - c) Beinhaltet die Lieferung eine Dokumentation, gelten diese Bestimmungen auch für die Dokumentation. Wird eine solche nicht überlassen, bedarf die Überlassung der Software einer schriftlichen Vereinbarung. Klausel I. Ziffer 2 a) gilt entsprechend.

II. VERTRAGSSCHLUSS UND BESTELLUNGEN

1. Die von IS abgegebenen Angebote sind freibleibend und unverbindlich.
2. Der Vertragsschluss, Bestellungen oder Produktabrufe zwischen IS und dem Besteller unterliegen dem Schriftformerfordernis. Sie werden entweder durch eine schriftliche Auftragsbestätigung per Brief, Fax oder E-Mail seitens IS verbindlich. IS hat dabei das Recht, noch nicht bestätigte Aufträge auch ohne Angabe von Gründen abzulehnen. Insbesondere gilt dies für etwaige Preisabsprachen, Preisänderungen und Auftragsänderungen.
3. Für den Besteller offensichtliche Druck-, Schreib-, Rechenfehler oder ähnliche Fehler verpflichten IS nicht.
4. Nach Vertragsschluss erfolgte Weiterentwicklungen an den bestellten Produkten von IS, dürfen von IS ausgeliefert werden. Soweit dies dem Besteller unter Berücksichtigung der Interessen von IS zumutbar ist, dürfen die Abweichungen die Modelle, Muster, Pläne, Abbildungen, Zeichnungen, Beschreibungen, Farben sowie Gewichts-, Maß-, Qualitäts- und sonstige Angaben betreffen.

III. PREISE UND VERSICHERUNGEN

1. Für die Verträge gelten die im Zeitpunkt des Vertragsschlusses jeweils gültigen Preislisten von IS, sofern einzelvertraglich nichts anderes vereinbart wurde. Die Preise gelten ab Werk und ausschließlich Verpackung, Verladung, Montage, sonstiger Gestehungskosten und zuzüglich der jeweils geltenden Umsatzsteuer.
2. Verpackungen werden zum Selbstkostenpreis berechnet und nicht zurückgenommen.
3. Sofern nicht anders vereinbart gelten für die Lieferungen von IS die Incoterms 2010.
4. Der Preis enthält keine Transportversicherung, sofern schriftlich nichts Anderes vereinbart ist. Wird diese vom Besteller gewünscht, ist dies IS rechtzeitig mitzuteilen. Produkte, die auf dem Transport verlustig oder beschädigt werden, entbinden den Besteller nicht von der Begleichung der Rechnung und gehen zu seinen Lasten. Schadensreklamationen hat der Besteller unverzüglich beim zuständigen Havariekommissar vorzubringen; die erforderlichen Schadensunterlagen sind der IS einzusenden. Der Besteller ist darüber hinaus verpflichtet, alles zur Regulierung des Schadens Erforderliche zu veranlassen.
5. Für den Fall der Änderung der Kostengrundlage behält sich IS vor, den am Tag der Lieferung gültigen Preis zu berechnen.
6. Wurde eine Aufstellung oder Montage des bestellten Produktes vereinbart, so trägt der Besteller neben der vereinbarten Vergütung alle erforderlichen Nebenkosten wie Reise-, Transport- oder sonstige Gepäckkosten.

IV. ZAHLUNGSBEDINGUNGEN

1. Rechnungen sind, auch im Falle einer Teillieferung, innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der Rechnung ohne jeden Abzug auf ein von IS angegebene Konto zahlbar. Der Abzug von Skonto bedarf einer besonderen schriftlichen Vereinbarung.
2. Bei Lieferverträgen über € 100.000,- sind 1/3 des Gesamtpreises der Bestellung, bestehend aus dem Preis der Lieferung und dem Preis der Software, nach Zugang der Auftragsbestätigung zu begleichen.
3. Kommt der Besteller mit seiner Zahlungspflicht ganz oder teilweise in Verzug, so hat er ab diesem Zeitpunkt Verzugszinsen in Höhe von jährlich 8% über dem jeweiligen Basiszinssatz (§ 352 HGB) zu zahlen, soweit IS nicht einen höheren Schaden nachweist. Die Geltendmachung weiterer Verzugschäden bleibt vorbehalten.
4. Ist die Erfüllung des Zahlungsanspruchs wegen einer nach Vertragsschluss eingetretenen oder bekannt gewordenen Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Bestellers gefährdet, kann IS die weitere Ausführung der Bestellung bis zur Bezahlung zurückstellen oder für weitere Bestellungen, unbeschadet entgegenstehender früherer Vereinbarung, entweder eine Vorauszahlung oder andere Sicherheiten verlangen oder nach angemessener Fristsetzung vom Vertrag zurücktreten.
5. Bei Nichterfüllung des Zahlungsanspruches oder bei Eintritt von Umständen, die die Kreditwürdigkeit des Bestellers beeinträchtigen, werden alle Forderungen sofort zur Zahlung fällig. Diese berechtigten IS Schadensersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen, die Weiterveräußerung der Produkte zu untersagen und diese wieder in Besitz zu nehmen.
6. Der Besteller kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen oder Zahlungen zurückbehalten.

V. NUTZUNGSBEDINGUNGEN FÜR SOFTWARE

1. Der Besteller darf die Software im Rahmen der zeitlichen Überlassung nutzen.
2. Ist das Nutzungsrecht befristet, gestalten sich die Rechte des Bestellers bei Erhalt einer Einfachlizenz wie folgt:
 - a) Die überlassene Software darf nur mit dem in der Dokumentation aufgeführten oder dem mitgelieferten Produkt eingesetzt werden.
 - b) Der Einsatz der Software mit einem anderen als dem in a) genannten Produkt, bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch IS.
 - c) Der Besteller erhält mit der gelieferten Software - soweit schriftlich nichts Anderes bestimmt ist - eine auf das in a) genannte Produkt bezogene Einfachlizenz; diese gestattet die Nutzung der Software an einem oder mehreren Arbeitsplätzen, die für die Nutzung des in a) genannten Produkts erforderlich sind.
 - d) Die Software wird ausschließlich in maschinenlesbarer Form (object code) überlassen.
 - e) Im Fall der Einfachlizenz ist es dem Besteller erlaubt, eine einzige Kopie als Sicherungskopie zu erstellen. Bei Einräumung einer Mehrfachlizenz sind weitere Vervielfältigungen entsprechend Ziffer 3 erlaubt.
 - f) Der Besteller darf an der Software keine Veränderungen vornehmen, insbesondere darf er Kennungen (z.B. alphanumerische) nicht entfernen. Er hat sie insbesondere auf die Sicherungskopie mit zu übertragen. § 69 e UrhG bleibt unberührt.
 - g) Überlässt IS dem Besteller Software, an der IS selbst nur ein abgeleitetes Nutzungsrecht besitzt (Fremdsoftware), gelten für die Nutzungsbedingungen des Bestellers vorrangig vor dieser Klausel die Vereinbarungen zwischen IS und dem Lizenzgeber.
 - h) Überlässt IS dem Besteller Open Source Software so gelten deren Nutzungsbedingungen für den Besteller vorrangig vor dieser Klausel. Erfordert die Nutzung der Open Source Software die Herausgabe des Quellcodes, so gibt IS diesen auf Anfrage des Bestellers heraus.
 - i) Liegt Software gemäß g) und h) vor, so weist IS hierauf gesondert hin. Verletzt der Besteller die Nutzungsbedingungen der Fremdsoftware oder der Open Source Software, ist IS neben dem Lizenzgeber berechtigt, etwaige Ansprüche im eigenen Namen geltend zu machen.
 - j) Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes ist es dem Besteller erlaubt, das Nutzungsrecht auf Dritte zu übertragen, jedoch nur gemeinsam mit dem von IS mitgelieferten Produkt. Dabei hat der Besteller dafür Sorge zu tragen, dass mit der Übertragung der Dritte keine weitergehenden Nutzungsrechte erhält, als sie dem Besteller nach dieser Vereinbarung eingeräumt worden sind. Dem Dritten sind bezüglich der Software mindestens die Verpflichtungen aufzuerlegen, die den Besteller nach dieser Vereinbarung treffen. Unterlizenzen darf der Besteller nicht vergeben.
Im Fall des Satz 1 hat der Besteller alle Sicherungskopien herauszugeben.

3. Liegt kein Fall der Ziffer 2 (Einfachlizenz) vor, was insbesondere der Fall ist, wenn die Software nicht nur für ein einzelnes Produkt genutzt werden soll oder die Software in einem Netzwerk eingesetzt werden soll, bedarf es einer Mehrfachlizenz.
Für eine Mehrfachlizenz gelten die folgenden Bestimmungen:
 - a) Voraussetzung ist eine schriftliche Bestätigung durch IS über die Anzahl der zulässigen Vervielfältigungen, die der Besteller von der Software anfertigen darf, sowie die Anzahl der Produkte bezüglich derer die Software genutzt werden darf.
 - b) Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes ist es dem Besteller erlaubt, die Mehrfachlizenzen auf Dritte zu übertragen, jedoch nur gemeinsam mit allen von IS mitgelieferten Produkten, auf denen die Software entsprechend des Lieferumfangs eingesetzt werden darf.
 - c) Der Besteller hat alle Vervielfältigungen zu dokumentieren und IS auf Verlangen vorzulegen.

VI. EIGENTUMSVORBEHALT

1. Die Produkte bleiben bis zur vollständigen Bezahlung sämtlicher, auch künftig entstehender Forderungen aus der Geschäftsverbindung, das Eigentum von IS (nachfolgend: Vorbehaltsprodukte). Bei laufenden Rechnungen gilt das vorbehaltene Eigentum als Sicherheit für die Saldoforderung von IS.
2. Die Be- und Verarbeitung von Vorbehaltsprodukten durch den Besteller erfolgt für IS. Der Besteller erwirbt abweichend von § 950 BGB kein Eigentum. Aus der Be- und Verarbeitung erwachsen IS keine Verbindlichkeiten. In den Fällen der §§ 947 und 948 BGB (Verbindung und Vermischung) überträgt der Besteller IS bereits jetzt das Eigentum bzw. Miteigentum an den neuen Sachen und verwahrt diese für IS. Sollte der Eigentumsübergang auf IS aus irgendwelchen Gründen nicht erfolgen, tritt der Besteller bereits jetzt etwaige Ansprüche aus § 951 BGB an IS ab.
3. Im Rahmen des ordnungsgemäßen Geschäftsverkehrs ist der Besteller zur Veräußerung der Vorbehaltsprodukte befugt. Das ist nur unter der Bedingung gestattet, dass der Wiederverkäufer von seinem Kunden Bezahlung erhält oder den Vorbehalt macht, dass das Eigentum auf den Kunden erst übergeht, wenn dieser seine Zahlungsverpflichtungen erfüllt hat. Er ist nicht befugt diese zu verpfänden oder zur Sicherheit an Dritte zu übereignen. Der Besteller hat IS von drohenden oder erfolgenden Pfändungen oder anderen Beeinträchtigungen der Rechte von IS durch Dritte unverzüglich zu unterrichten.
4. Der Besteller tritt bereits jetzt sämtliche aus der Weiterveräußerung von Vorbehaltsprodukten entstehenden Forderungen einschließlich Nebenrechten an IS zur Sicherung ab. Auf Verlangen von IS hat der Besteller die Abtretung seinen Abnehmern anzuzeigen und IS die Unterlagen zur Geltendmachung der Rechte zu überlassen. Solange IS von dem IS jederzeit zustehenden Recht zur Einziehung der Forderung keinen Gebrauch macht, ist der Besteller hierzu berechtigt und verpflichtet und hat IS den eingezogenen Betrag unverzüglich abzuführen. Wird die Vorbehaltsware zusammen mit anderen Gegenständen weiter veräußert, ohne dass für die Vorbehaltsware ein Einzelpreis vereinbart wurde, so tritt der Besteller denjenigen Teil der Gesamtpreisforderung an IS ab, der dem von IS in Rechnung gestellten Preis der Vorbehaltsware entspricht.
5. Übersteigt der Wert der Sicherheiten den Wert der zu sichernden Forderungen um mehr als 20%, so wird IS auf Anzeige des Bestellers Sicherheiten in dieser Höhe freigeben. Bis auf Widerruf ist der Besteller zur Einziehung abgetretener Forderungen aus der Weiterveräußerung befugt. Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, insbesondere bei Zahlungsverzug, Zahlungseinstellung, Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, Wechselprotest oder begründeten Anhaltspunkten für eine Überschuldung oder drohende Zahlungsunfähigkeit des Bestellers, ist IS berechtigt, die Einziehungsermächtigung des Bestellers zu widerrufen. Außerdem kann IS nach vorheriger Androhung unter Einhaltung einer angemessenen Frist die Sicherungsabtretung offenlegen, die abgetretenen Forderungen verwerten sowie die Offenlegung der Sicherungsabtretung durch den Besteller gegenüber dem Kunden verlangen.
6. Bei Pfändungen, Beschlagnahmen oder sonstigen Verfügungen oder Eingriffen Dritter hat der Besteller IS unverzüglich zu benachrichtigen. Bei Glaubhaftmachung eines berechtigten Interesses hat der Besteller IS unverzüglich die zur Geltendmachung seiner Rechte gegen den Kunden erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die erforderlichen Unterlagen auszuhändigen.
7. Bei Pflichtverletzungen des Bestellers, insbesondere bei Zahlungsverzug, ist IS nach erfolglosem Ablauf einer dem Besteller-gesetzten angemessenen Frist zur Leistung neben der Rücknahme auch zum Rücktritt berechtigt; die gesetzlichen Bestimmungen über die Entbrechlichkeit einer Fristsetzung bleiben unberührt. Der Besteller ist zur Herausgabe verpflichtet. In der Rücknahme bzw. der Geltendmachung des Eigentumsvorbehaltes oder der Pfändung der Vorbehaltsware durch IS liegt kein Rücktritt vom Vertrag, es sei denn, IS hätte dies ausdrücklich erklärt.

VII. ERFÜLLUNGORT UND GEFAHRÜBERGANG

1. Produkte
 - a) Soweit nicht anders vereinbart, hat der Besteller das Produkt bei IS abzuholen. Erfüllungsort für alle Lieferungen, einschließlich Rücklieferungen, und Zahlungen ist der Sitz der IS in München.
 - b) Die Gefahr des Untergangs geht bei Lieferung mit Übergabe an die erste Transportperson auf den Besteller über.
 - c) Die Gefahr des zufälligen Untergangs oder der zufälligen Verschlechterung geht mit Übergabe an die Transportperson auf den Besteller über. Dies gilt unabhängig davon, ob die Versendung vom Erfüllungsort aus vorgenommen wird und wer die Frachtkosten trägt. Befindet sich der Besteller in Verzug der Annahme, so geht die Gefahr ab diesem Tage auf den Besteller über.
2. Software
 - a) Wird die Software im Zusammenhang mit einem von IS gelieferten Produkt überlassen, so gelten bezüglich des Erfüllungsorts und des Gefahrübergangs die Regelungen der Ziffer 1 a) entsprechend.
 - b) Wird die Software mittels elektronischer Kommunikationsmittel (Internet etc.) überlassen, so geht die Gefahr auf den Besteller über, wenn die Software den Einflussbereich von IS verlässt (Download etc.).

VIII. LIEFERBEDINGUNGEN

1. Die Lieferzeiten sind so angeben, dass sie bei normalem Fertigungsablauf eingehalten werden können. Beginn der Lieferzeit ist das Datum der Auftragsbestätigung, jedoch nicht vor dem Zeitpunkt, an dem der Besteller alles seinerseits Erforderliche getan hat, wie Leistung der Anzahlung, Lieferung von Teilen, Unterlagen, Informationen oder sonstige Voraussetzungen, die zur Bearbeitung und Erfüllung der Lieferung notwendig sind. Werden diese Voraussetzungen nicht rechtzeitig erfüllt, so verlängern sich die Fristen angemessen; dies gilt nicht, wenn IS die Verzögerung zu vertreten hat.
2. Die Lieferzeit gilt mit rechtzeitiger Anzeige der Versandbereitschaft als eingehalten, auch wenn die Absendung aus von IS nicht zu vertretenden Gründen verzögert wird oder unterbleibt.
3. IS ist berechtigt, vor Ablauf der Lieferzeit zu liefern oder Teillieferungen vorzunehmen, soweit sie dem Besteller zumutbar sind.
4. Annahmeverzug
 - a) Kommt es binnen eines Zeitraums von zwei Wochen nach Anzeige der Versandbereitschaft (Angebot der Leistung) aus vom Besteller zu vertretenden Umständen nicht zum Versand bzw. zur Aufstellung, Montage oder zur Annahme des bestellten Produkts, befindet sich der Besteller in Annahmeverzug.
 - b) Der Anzeige der Versandbereitschaft (Angebot der Leistung) steht die Anzeige zur Vorabnahme an den Besteller gleich.
 - c) Im Falle des Annahmeverzugs hat der Besteller den vollständigen Kaufpreis und für jeden angefangenen Monat Lagergeld in Höhe von 0,5 % - jedoch nicht mehr als 5 % - vom Wert der Gesamtlieferung zu entrichten. Den Parteien bleibt es unbenommen höhere oder niedrigere Lagerkosten nachzuweisen.
5. Findet eine Aufstellung und Montage des bestellten Produktes - bei vertraglicher Verpflichtung von IS - aus den in Ziffer 4 genannten Gründen nicht statt, hat der Besteller 20 % der veranschlagten Aufstellungs- und Montagekosten als Entschädigung für Vorhaltekosten zu bezahlen. Den Parteien bleibt es unbenommen höhere oder niedrigere Vorhaltekosten nachzuweisen.
6. Befindet sich der Besteller mit seinen Verpflichtungen in Verzug, verlängert sich die vereinbarte Lieferzeit um diesen Zeitraum. Das Recht, Ansprüche aus Verzug geltend zu machen, bleibt unberührt.
7. Die vereinbarte Lieferzeit verlängert sich angemessen bei Arbeitskämpfen, wie Streik und Aussperrung, oder bei Eintreten von nicht im Einflussbereich von IS liegenden sonstigen Hindernissen, wenn diese auf die Produktion oder die Auslieferung des bestellten Produktes von erheblichem Einfluss sind. Diese Verzögerung hat IS auch dann nicht zu vertreten, wenn sich IS zu diesem Zeitpunkt bereits in Verzug befindet.
8. Ist die Nichteinhaltung der Fristen zurückzuführen auf
 - a) höhere Gewalt, z. B. Mobilmachung, Krieg, Terrorakte, Aufruhr, oder ähnliche Ereignisse (z. B. Streik, Aussperrung),
 - b) Virus- und sonstige Angriffe Dritter auf das IT-System von IS, soweit diese trotz Einhaltung der bei Schutzmaßnahmen üblichen Sorgfalt erfolgten,
 - c) Hindernisse aufgrund von deutschen, US-amerikanischen sowie sonstigen anwendbaren nationalen, EU- oder internationalen Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts oder aufgrund sonstiger Umstände, die von IS nicht zu vertreten sind, oder
 - d) nicht rechtzeitige oder ordnungsgemäße Belieferung von IS, verlängern sich die Fristen angemessen. Dies gilt auch, wenn diese Ereignisse zu einem Zeitpunkt eintreten, in dem sich der betroffene Vertragspartner in Verzug befindet. Die Vertragspartner sind verpflichtet, im Rahmen des Zumutbaren unverzüglich die erforderlichen Informationen zu geben und ihre Verpflichtungen den veränderten Verhältnissen nach Treu und Glauben anzupassen.

9. Gerät IS aus Gründen, die IS zu vertreten hat, in Lieferverzug, so ist die Schadensersatzhaftung im Fall gewöhnlicher Fahrlässigkeit ausgeschlossen. Diese Haftungsbegrenzung gilt nicht, sofern ein kaufmännisches Fixgeschäft vereinbart wurde; gleiches gilt dann, wenn der Besteller wegen des von IS zu vertretenden Verzuges geltend machen kann, dass sein Interesse an der Vertragserfüllung in Fortfall geraten ist.
10. Kommt IS in Verzug, kann der Besteller -sofern er glaubhaft macht, dass ihm hieraus ein Schaden entstanden ist -eine Entschädigung für jede vollendete Woche des Verzuges von je 0,5%, insgesamt jedoch höchstens 5% des Preises für den Teil der Lieferungen verlangen, der wegen des Verzuges nicht zweckdienlich verwendet werden konnte.
11. Sowohl Schadensersatzansprüche des Bestellers wegen Verzögerung der Lieferung als auch Schadensersatzansprüche statt der Leistung, die über die in Nr. 10 genannten Grenzen hinausgehen, sind in allen Fällen verzögerter Lieferung, auch nach Ablauf einer IS etwa gesetzten Frist zur Lieferung, ausgeschlossen. Dies gilt nicht, soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit gehaftet wird. Vom Vertrag kann der Besteller im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nur zurücktreten, soweit die Verzögerung der Lieferung von IS zu vertreten ist. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.
12. Der Besteller ist verpflichtet, auf Verlangen von IS innerhalb einer angemessenen Frist zu erklären, ob er wegen der Verzögerung der Lieferung vom Vertrag zurücktritt oder auf der Lieferung besteht.
13. Werden Versand oder Zustellung auf Wunsch des Bestellers um mehr als einen Monat nach Anzeige der Versandbereitschaft verzögert, kann dem Besteller für jeden weiteren angefangenen Monat Lagergeld in Höhe von 0,5% des Preises der Gegenstände der Lieferungen, höchstens jedoch insgesamt 5%, berechnet werden. Der Nachweis höherer oder niedrigerer Lagerkosten bleibt den Vertragsparteien unbenommen.

IX. LIEFERVERZUG UND SCHADENSERSATZ IM FALL DES VERZUGES

1. Für den Fall, dass IS dem Besteller zum Ersatz von Verzugsschaden verpflichtet ist, hat der Besteller keinen Anspruch auf Ersatz etwaig entgangenen Gewinns oder Ersatz von Schäden aus Betriebsunterbrechungen. Im Fall leichter Fahrlässigkeit hat der Besteller Anspruch auf Ersatz der Frachtmehrkosten und/oder Nachrüstkosten. Im Fall fruchtloser Nachfristsetzung oder bei Nachweis des Wegfalls des Lieferinteresses beschränkt sich der Schadensersatz hinsichtlich Deckungskäufen auf höchstens 10% des mit IS vereinbarten Preises.
2. Mit Geltendmachung eines Ersatzanspruches hat der Besteller IS detaillierte und substantiierte Unterlagen vorzulegen, aus denen sich der Anspruch ergibt.
3. Schadensersatzansprüche wegen Verzug wie auch Schadensersatzansprüche statt der Leistung bestehen, auch im Fall einer Fristsetzung des Bestellers, über die in Ziffer 1 geregelte Fälle hinaus nicht. Dies gilt nicht, soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit zwingend gehaftet wird. Vom Vertrag kann der Besteller im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nur zurücktreten, soweit die Verzögerung der Lieferung von IS zu vertreten ist. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.

X. MITWIRKUNGSPFLICHTEN

1. Produkte: Aufstellung und Montage
Ist schriftlich nichts Anderes vereinbart, so gilt bezüglich der Aufstellung und Montage von gelieferten Produkten Folgendes:
 - a) Der Besteller trägt die im Zusammenhang mit der Aufstellung und Montage anfallenden Kosten. Für den Fall der Vorverauslagung durch IS sind diese Kosten rückzuerstatten.
 - b) Der Besteller trägt Sorge dafür,
 - (i.) dass alle notwendigen Vorarbeiten wie Erd-, Bau- und sonstige Nebenarbeiten bei Lieferung des Produktes bereits geleistet sind, um die Aufstellung und Montage des gelieferten Produktes vereinbarungsgemäß und ohne Hindernisse vornehmen zu können.
 - (ii.) dass notwendige Fach- und Hilfskräfte, sowie Hilfsmittel wie Energie, Licht, Werkzeuge, Baustoffe, oder sonstige für die Inbetriebsetzung des Produktes benötigten Gegenstände bei Lieferung des Produktes bereitstehen.
 - (iii.) dass alle notwendigen Schutzmaßnahmen für Mensch und Produkt eingreifen.
 - (iv.) dass IS vor der Anlieferung des Produktes alle notwendigen Angaben zur Lage des Erfüllungsortes und dem Verlauf der Strom-, Gas- und Wasserleitungen zur Verfügung gestellt werden.

- c) Vor Beginn der Aufstellung oder Montage müssen sich die für die Aufnahme der Arbeiten erforderlichen Beistellungen und Gegenstände an der Aufstellungs- oder Montagestelle befinden und alle Vorarbeiten vor Beginn des Aufbaues soweit fortgeschritten sein, dass die Aufstellung oder Montage vereinbarungsgemäß begonnen und ohne Unterbrechung durchgeführt werden kann. Anfahrwege und der Aufstellungs- oder Montageplatz müssen geebnet und geräumt sein.
 - d) Verzögern sich die Aufstellung, Montage oder Inbetriebnahme durch nicht von IS zu vertretende Umstände, so hat der Besteller in angemessenem Umfang die Kosten für Wartezeit und zusätzlich erforderliche Reisen von IS oder des Montagepersonals zu tragen. Unterlässt der Besteller die Maßnahmen der Ziffer 1 b) und verzögert sich dadurch die Aufstellung und Montage des gelieferten Produktes, hat der Besteller die IS dadurch entstehenden Kosten zu tragen. Verlangt IS nach Fertigstellung die Abnahme der Lieferung, so hat sie der Besteller innerhalb von zwei Wochen vorzunehmen. Der Abnahme steht es gleich, wenn der Besteller die Zweiwochenfrist verstreichen lässt oder wenn die Lieferung - gegebenenfalls nach Abschluss einer vereinbarten Testphase - in Gebrauch genommen worden ist.
2. Mitwirkungspflichten bei Software
 - a) Wird die Software im Zusammenhang mit einem von IS gelieferten Produkt überlassen, so gelten bezüglich der Mitwirkungspflichten des Bestellers die Regelungen der Ziffer 1, sofern die Aufstellung und Montage des gelieferten Produktes vereinbart wurde, entsprechend.
 - b) Darüber hinaus ergreift der Besteller alle erforderlichen und ihm zumutbaren Maßnahmen, um Schäden durch und von der Software abzuwenden.
 - c) Der Besteller führt eine regelmäßige Sicherung der Daten und Programme durch.
 - d) Verletzt der Besteller schuldhaft seine Mitwirkungspflichten, kann IS nicht für die daraus resultierenden Folgen haftbar gemacht werden. Insbesondere hat der Besteller IS von Schäden bei Dritten freizustellen. IS ist in diesem Fall nicht verpflichtet, verlorene oder beschädigte Daten oder Programme wiederzubeschaffen.
 - e) Die vorstehenden Regelungen lassen die Beweislastverteilung unberührt.

XI. ENTGEGENNAHME, PRÜFPFLICHTEN, ENTSORGUNGEN

1. Der Besteller ist nicht berechtigt, die Annahme der Lieferung wegen unerheblicher Mängel zu verweigern.
2. Der Besteller untersucht die Lieferungen unverzüglich nach Entgegennahme. Zeigt sich bei der Untersuchung ein Mangel, erstattet der Besteller IS unverzüglich Anzeige.
3. Unterlässt der Besteller die Anzeige, so gilt das Produkt als genehmigt. Die gesetzlichen Bestimmungen des § 377 HGB bleiben unberührt.
4. Sofern der Besteller Unternehmer ist, stellt der Besteller IS von den Verpflichtungen nach § 19 ElektroG (Rücknahme durch den Hersteller) und damit in Zusammenhang stehenden Ansprüchen Dritter frei.
5. Sofern der Besteller Unternehmer ist, übernimmt der Besteller die Pflicht, die gelieferte Ware nach Nutzungsbeendigung auf eigene Kosten nach den gesetzlichen Vorschriften ordnungsgemäß zu entsorgen.
6. Sofern der Besteller Unternehmer ist, hat der Besteller gewerbliche Dritte, an die er die gelieferte Ware weitergibt, vertraglich dazu zu verpflichten, diese nach Nutzungsbeendigung auf deren Kosten nach den gesetzlichen Vorschriften ordnungsgemäß zu entsorgen und für den Fall der erneuten Weitergabe eine entsprechende Weiterverpflichtung aufzuerlegen.
7. Unterlässt es der Besteller, Dritte, an die er - sofern er Unternehmer ist - gelieferte Ware weitergibt, vertraglich zur Übernahme der Entsorgungspflicht und zur Weiterverpflichtung zu verpflichten, so ist der Besteller verpflichtet, die gelieferte Ware nach Nutzungsbeendigung auf seine Kosten zurückzunehmen und nach den gesetzlichen Vorschriften ordnungsgemäß zu entsorgen.

XII. SACHMÄNGEL, GEWÄHRLEISTUNG UND HAFTUNG

1. Hinsichtlich Produkt-Sachmängeln
 - a) Ist das gelieferte Produkt innerhalb der Verjährungsfrist mit einem Sachmangel behaftet, so entscheidet IS ob es die Teile oder Leistungen nachbessert oder neu liefert, sofern die Ursache des Mangels bereits im Zeitpunkt des Gefahrübergangs vorlag.
 - b) Sachmängelanprüche verjähren innerhalb von 12 Monaten. Dies gilt nicht, soweit das Gesetz gemäß §§ 438 Abs. 1 Nr. 2 (Bauwerke und Sachen für Bauwerke), 479 Abs. 1 (Rückgriffsanspruch) und 634a Abs. 1 Nr. 2 (Baumängel) BGB längere Fristen vorschreibt sowie in Fällen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, bei einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung von IS und bei arglistigem Verschweigen eines Mangels. Die gesetzlichen Regelungen über Ablaufhemmung, Hemmung und Neubeginn der Fristen bleiben unberührt.
 - c) Der Besteller hat Sachmängel gegenüber IS unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

- d) Der Besteller ist berechtigt, bei Erheben einer berechtigten Mängelrüge Zahlungen, die in einem angemessenen Verhältnis zu den aufgetretenen Sachmängeln stehen, zurückzubehalten. Ist die Mängelrüge nicht berechtigt erhoben worden, darf IS die dadurch entstandenen Aufwendungen vom Besteller ersetzt verlangen. Der Besteller kann Zahlungen nur zurückbehalten, wenn eine Mängelrüge geltend gemacht wird, über deren Berechtigung kein Zweifel bestehen kann. Ein Zurückbehaltungsrecht des Bestellers besteht nicht, wenn seine Mängelansprüche verjährt sind.
- e) IS ist zunächst eine angemessene Frist zur Nacherfüllung zu gewähren.
- f) Für den Fall, dass die Nacherfüllung fehlschlägt, kann der Besteller - unbeschadet etwaiger Schadensersatzansprüche gemäß Klausel XVI - vom Vertrag zurücktreten oder die Vergütung mindern.
- g) Mängelansprüche sind ausgeschlossen,
- bei unerheblicher Abweichung von der vereinbarten Beschaffenheit,
 - bei unerheblicher Beeinträchtigung der Brauchbarkeit,
 - bei natürlicher Abnutzung oder Schäden,
 - bei nicht vertragsgemäßer Beanspruchung, bei Verwendung ungeeigneter Betriebsmittel,
 - bei Beeinträchtigungen, die aufgrund besonderer äußerer Einflüsse entstehen, die nach dem Vertrag nicht vorausgesetzt sind.
- Mängelansprüche sind des Weiteren ausgeschlossen, wenn der Besteller oder Dritte unsachgemäße Änderungen oder Instandsetzungsarbeiten an den Produkten oder der Software vornehmen.
- h) Aufwendungen, die der Besteller zum Zweck der Nacherfüllung getätigt hat, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten, sind ausgeschlossen, wenn diese aus dem Grund entstanden, dass das Produkt nachträglich an einen anderen Ort als vereinbart verbracht worden ist.
- i) Rückgriffsansprüche des Bestellers gegen IS gemäß § 478 BGB (Rückgriff des Unternehmers) bestehen nur insoweit, als der Besteller mit seinem Abnehmer keine über die gesetzlichen Mängelansprüche hinausgehenden Vereinbarungen getroffen hat. Für den Umfang des Rückgriffsanspruchs des Bestellers gegen IS gemäß § 478 Abs. 2 BGB gilt ferner Ziffer 1 h) entsprechend.
- j) Für Schadensersatzansprüche gilt im Übrigen Klausel XVI. (Sonstige Schadensersatzansprüche). Weitergehende oder andere als die in dieser Klausel geregelten Ansprüche des Bestellers gegen IS und deren Erfüllungsgehilfen wegen eines Sachmangels sind ausgeschlossen.
2. Hinsichtlich Software-Sachmängeln
- Diese Ziffer gilt für Sachmängel innerhalb der befristeten und unbefristeten Überlassung von Standardsoftware, wenn diese im Zusammenhang mit einem von IS gelieferten Produkt überlassen wird sowie für die gesamte Lieferung, soweit die Ursache einer Pflichtverletzung in der Software an sich liegt.
- a) Sachmängelansprüche verjähren innerhalb von 12 Monaten. Dies gilt nicht, soweit das Gesetz gemäß §§ 438 Abs. 1 Nr. 2 (Bauwerke und Sachen für Bauwerke), 479 Abs. 1 (Rückgriffsanspruch) und 634a Abs. 1 Nr. 2 (Baumängel) BGB längere Fristen vorschreibt sowie in Fällen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, bei einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung von IS und bei arglistigem Verschweigen eines Mangels. Die gesetzlichen Regelungen über Ablaufhemmung, Hemmung und Neubeginn der Fristen bleiben unberührt. Wurde die Software zeitlich befristet überlassen, gilt die gesetzliche Verjährungsfrist.
- b) Ein Sachmangel der Software ist eine nachgewiesene und reproduzierbare Abweichung von der Spezifikation (nachfolgend: Software-Sachmangel). Tritt die Abweichung in der dem Besteller überlassenen Version nicht auf und ist die Verwendung diesem zumutbar, liegt kein Software-Sachmangel vor.
- c) Ein Software-Sachmangelanspruch besteht nicht, wenn die Abweichung auf ein schuldhaftes nicht ordnungsgemäßes Verhalten des Bestellers zurückzuführen ist, auf Änderungen, denen IS nicht zugestimmt hat, auf Änderungen aufgrund von Einflüssen, die nach dem Vertrag nicht vorausgesetzt sind oder für den Fall, dass die Software mit Komplikationen der verwendeten Datenverarbeitungsumgebung des Bestellers hat - soweit nicht mit IS schriftlich etwas anderes vereinbart wurde.
- d) Der Besteller hat Software-Sachmängel gegenüber IS unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Dabei ist die Abweichung substantiiert und detailliert auszuführen.
- e) IS ist zunächst eine angemessene Frist zur Nacherfüllung zu gewähren. IS hat das Recht die Art und den Ort der Nacherfüllung zu wählen, soweit dies dem Besteller zumutbar ist. Liegt der Sachmangel in einem gelieferten Datenträger oder in der Dokumentation, kann er nur diese ersetzt verlangen. Findet die Nacherfüllung bei dem Besteller statt, dann gilt Klausel X. entsprechend.
- f) Für den Fall, dass die Nacherfüllung fehlschlägt, kann der Besteller - unbeschadet etwaiger Schadensersatzansprüche gemäß Klausel XVI. - vom Vertrag zurücktreten oder die Vergütung mindern. Wurde die Software zeitlich befristet überlassen, gilt anstelle des Rücktrittsrechts das Recht der fristlosen Kündigung.
- g) Der Besteller ist berechtigt bei Erheben einer berechtigten Mängelrüge Zahlungen, die in einem angemessenen Verhältnis zu den aufgetretenen Sachmängeln stehen, zurückzubehalten. Ist die Mängelrüge nicht berechtigt erhoben worden, darf IS die dadurch entstandenen Aufwendungen vom Besteller ersetzt verlangen.
- h) Für Schadensersatzansprüche gilt Klausel XVI. Ziffer 2. Weitergehende oder andere als die in dieser Klausel geregelten Ansprüche des Bestellers gegen IS und deren Erfüllungsgehilfen wegen eines Sachmangels sind ausgeschlossen.

XIII. ERFÜLLUNGSGEHILFEN

IS ist berechtigt, in Fällen, in denen dies zu einer auftragsgemäßen Erledigung der Produktion oder Bestellung notwendig ist, Dritte für die Erfüllung einzuschalten. IS haftet nicht für von diesen Dritten verursachte Schäden.

XIV. GEWERBLICHE SCHUTZRECHTE UND URHEBERRECHTE; RECHTSMÄNGEL

1. Produkte
- a) IS trägt Sorge dafür, dass die Lieferung im Land des Lieferorts frei von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten Dritter ist. Erhebt ein Dritter wegen Verletzung solcher Schutzrechte Ansprüche gegen den Besteller, so haftet IS dem Besteller innerhalb der nach Klausel XII. Ziffer 1 b) bestimmten Frist wie folgt:
- (i.) IS hat die Wahl, im Fall einer Schutzrechtsverletzung entweder auf eigene Kosten ein Nutzungsrecht zu erwirken oder das gelieferte Produkt zu ändern, sodass eine weitere Verletzung ausgeschlossen wird. Sofern die vorgenannten Wahlmöglichkeiten für IS nicht zumutbar sind, stehen dem Besteller die gesetzlichen Rücktritts- oder Minderungsrechte zu.
 - (ii.) Unberührt hierdurch bleibt das Recht des Bestellers, Schadensersatz nach Klausel XVI. Ziffer 1 geltend zu machen.
 - (iii.) Die vorgenannten Pflichten von IS bestehen nur, wenn der Besteller IS unverzüglich, nach Bekanntgabe der Anspruchserhebung Dritter, diese schriftlich anzeigt, kein Anerkenntnis erklärt und IS alle Abwehr- und Vergleichshandlungen überlässt. Unterlässt der Besteller die Nutzung der gelieferten Produkte aus Schadensminderungs- oder sonstigen wichtigen Gründen, hat er den Dritten unverzüglich darauf hinzuweisen, dass darin kein Anerkenntnis liegt.
- b) Ansprüche des Bestellers sind ausgeschlossen, soweit er die Schutzrechtsverletzung zu vertreten hat, insbesondere durch von IS nicht voraussehbare Verwendung, durch Veränderung des Produkts oder durch Zusammensetzung mit anderen nicht von IS hergestellten und gelieferten Produkten.
- c) Für die in Ziffer 1 a) (i) geregelten Ansprüche gilt die Klausel XII. Ziffer 1 d), e) und i) entsprechend.
- d) Bei Vorliegen sonstiger Rechtsmängel gelten die Bestimmungen der Klausel XVI. Ziffer 1 entsprechend.
- e) Weitergehende oder andere als die in dieser Klausel geregelten Ansprüche des Bestellers gegen IS und dessen Erfüllungsgehilfen wegen eines Rechtsmangels sind ausgeschlossen.
2. Software
- a) Ziffer 1 a) gilt entsprechend, mit Ausnahme, dass sich die Verjährungsfrist bezüglich befristet überlassener Software nach der gesetzlichen Verjährungsfrist richtet.
- b) Ziffer 1 b) gilt entsprechend.
- c) Ziffer 1 c) gilt entsprechend.
- d) Für den Fall von Rechtsverletzungen im Sinne von Ziffer 1 a) (i) gelten hinsichtlich der dort geregelten Ansprüche die Regelungen der Klausel XII. Ziffer 2 e) Satz 1 und g) entsprechend.
- e) Bei Vorliegen von Rechtsmängeln gelten die Bestimmungen der Klausel XII. Ziffer 2.

XV. UNMÖGLICHKEIT; VERTRAGSANPASSUNG

1. Soweit die Lieferung unmöglich ist, ist der Besteller berechtigt, Schadensersatz zu verlangen, es sei denn, dass IS die Unmöglichkeit nicht zu vertreten hat. Diese Beschränkung gilt nicht, soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit zwingend gehaftet wird; eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist hiermit nicht verbunden. Das Recht des Bestellers zum Rücktritt vom Vertrag bleibt unberührt.
2. Sofern unvorhersehbare Ereignisse im Sinne von Klausel VIII. Ziffer 7 die wirtschaftliche Bedeutung oder den Inhalt der Lieferung erheblich verändern oder auf den Betrieb von IS erheblichen Einfluss haben, wird der Vertrag unter Beachtung von Treu und Glauben angemessen angepasst. Soweit dies wirtschaftlich nicht vertretbar ist, steht es IS zu, vom Vertrag zurückzutreten. Gleiches gilt, wenn erforderliche Ausfuhrgenehmigungen nicht erteilt werden oder nicht nutzbar sind. Macht IS von diesem Rücktrittsrecht Gebrauch, so teilt IS dies unverzüglich dem Besteller mit, auch wenn zunächst mit dem Besteller eine Verlängerung der Lieferzeit vereinbart war.

XVI. SONSTIGE SCHADENSERSATZANSPRÜCHE

1. Produkte
 - a) Schadens- und Aufwendungsersatzansprüche des Bestellers (nachfolgend: Schadensersatzansprüche), sind ausgeschlossen. Dies gilt nicht, wenn IS zwingend gesetzlich haftet, insbesondere aus Produkthaftung, bei Vorsatz, grober Fahrlässigkeit, wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, oder wegen der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten.
 - b) Der Schadensersatzanspruch für die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist jedoch auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt, soweit nicht Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vorliegt oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit gehaftet wird. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.
 - c) Die Ansprüche aus den Ziffern 1 a) und b) verjähren innerhalb der Frist aus Klausel XII. Ziffer 1 b).
 - d) Bei Schadensersatzansprüchen nach dem ProdHaftG gelten die gesetzlichen Verjährungsvorschriften.
2. Software
 - a) Ziffer 1 a) gilt entsprechend.
 - b) Ziffer 1 b) gilt entsprechend.
 - c) Ziffer 1 c) gilt mit der Maßgabe entsprechend, dass sich die Verjährungsfrist für zeitlich befristet überlassene Software nach den gesetzlichen Regelungen richtet. Die Verjährungsvorschriften des Produkthaftungsgesetzes bleiben hinsichtlich überlassener Software unberührt.

XVII. GERICHTSSTAND, ANWENDBARES RECHT; SONSTIGES

1. Alleiniger Gerichtsstand ist, wenn der Besteller Kaufmann ist, bei allen aus dem Vertragsverhältnis unmittelbar oder mittelbar sich ergebenden Streitigkeiten der Sitz von IS in München. IS ist jedoch auch berechtigt, am Sitz des Bestellers zu klagen.
2. Für die Rechtsbeziehungen im Zusammenhang mit diesem Vertrag gilt deutsches Recht unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).
3. Der Vertrag bleibt auch bei rechtlicher Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen in seinen übrigen Teilen verbindlich. Das gilt nicht, wenn das Festhalten an dem Vertrag eine unzumutbare Härte für eine Partei darstellen würde.